

Werkstattgespräch W6:

Gestaltung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Berücksichtigung formaler und informeller Maßnahmen zur Einbeziehung der Öffentlichkeit

Wie sag ich's den Anwohnern?

Möglichkeiten zur frühzeitigen Einbeziehung der Öffentlichkeit in komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren

Energie & Rohstoffe 2009

Goslar, 9. – 12. September 2009

Beate Kallenbach-Herbert, Öko-Institut e.V.

Überblick

- Definitionen
- Beteiligungsmöglichkeiten in formalen Verfahren
- Exkurs: vorgelagerte Prozesse
- Gestaltung informeller Beteiligungsprozesse
 - Dialog mit regionalen Vertretern
 - allgemeine Öffentlichkeit: Information und Austausch
 - Externe Expertise
 - Regionalentwicklung

Definitionen (1)

Merkmale „Komplexer Verfahren“

- ⇒ • **Mechanismen:** hohe oder unklare Sicherheitsrelevanz, langfristiges Risikopotenzial, keine oder begrenzte Reversibilität
- ⇒ • **Prozess:** politisch / gesellschaftlich umstritten, Definitionsbedarf hinsichtlich Verfahrensablauf, Schutzziele, Sicherheitskriterien
- ⇒ • **Randbedingungen:** wechselnde Bezugssysteme: national / regional, multikriterielle Abwägung (technische Sicherheit/Machbarkeit, Ökologie, Raumplanung, Sozioökonomie...)
- ⇒ • **Institutionen:** Vielfalt beteiligter Akteure: Betreiber / Antragsteller, verschiedene Behörden, Politiker, regionale Vertreter, NGOs, Anwohner

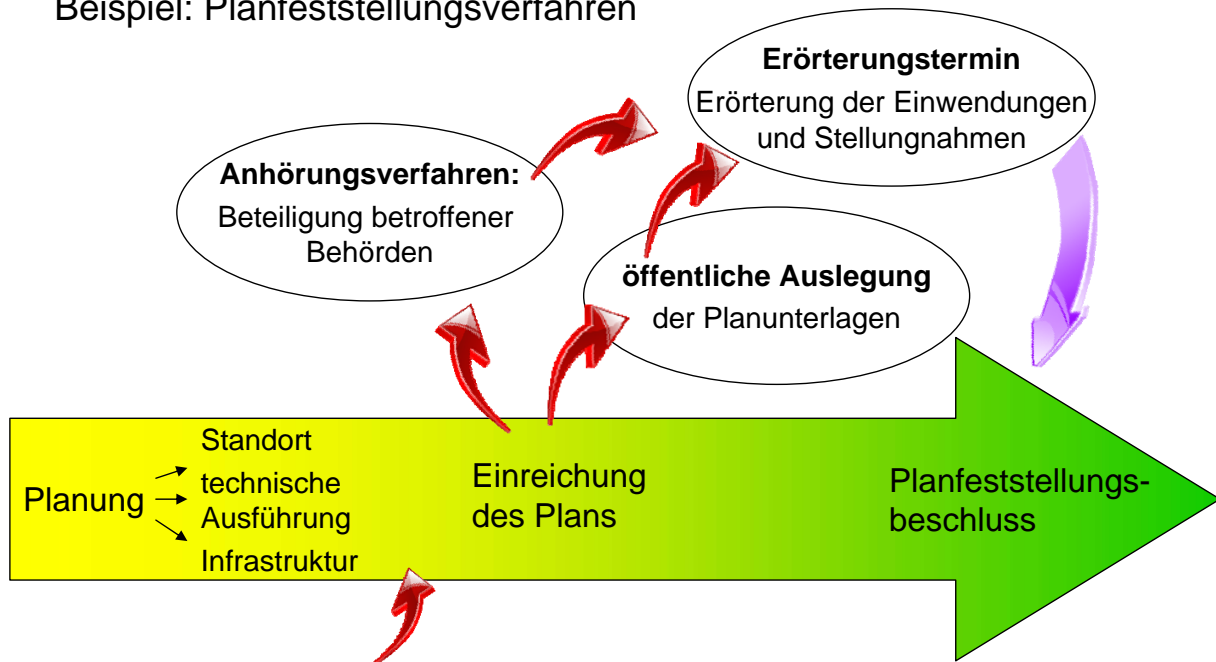
Definitionen (2)

Einbeziehung der Öffentlichkeit

- Alle Maßnahmen zur Information, Austausch mit und Beteiligung von „Betroffenen“ oder ihren Vertretern
- **Formale** Maßnahmen: in rechtlich definierten Zulassungsverfahren verankerte Maßnahmen zur Information und Anhörung der Öffentlichkeit (z.B. Erörterungstermin)
- **Informelle** Maßnahmen: nicht regulatorisch geforderte Maßnahmen zur Einbeziehung der Öffentlichkeit bzw. ihrer Vertreter in einem organisierten Prozess



Beispiel: Planfeststellungsverfahren



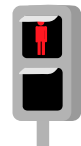
Bei UVP-pflichtigen Vorhaben zusätzlich „Scoping-Termin“ zur Abstimmung über die vorzulegenden Unterlagen.

Feststellungen:

- Die Beteiligungsmaßnahmen setzen erst in einem fortgeschrittenen Planungsstadium ein
- Vorlaufende Verfahren z.B. zur politischen und gesellschaftlichen Konsensbildung oder für übergeordnete Planungsfragen sind nicht geregelt

Auswirkungen:

- Offener Dialog, der Befürchtungen und Anregungen aufgreift, findet nicht statt
- Verhärtete Positionen
- ggf. langwierige Klagen und Verzögerungen der Projektrealisierung
- Diskussion um die Realisierung eines konkreten Projekts wird durch Grundsatzdebatten überlagert



Vorgelagerte Entscheidungen:

- Übergeordnete Fragen der Energiepolitik, z.B.
 - Rolle von Kernenergie oder CCS im Energiemix
- Grundlegende Verfahrensfragen, z.B.
 - Identifizierung von und Umgang mit Nutzungskonflikten: CO₂-Sequestrierung – Geothermie – Gasspeicherung
 - Gestaltung der verschiedenen Phasen des Verfahrens („Policy“ – Standortfestlegung – Zulassung...)
 - Regulatorische Anforderungen
- Grundlegende Entsorgungsstrategie (im Fall der nuklearen Endlagerung)

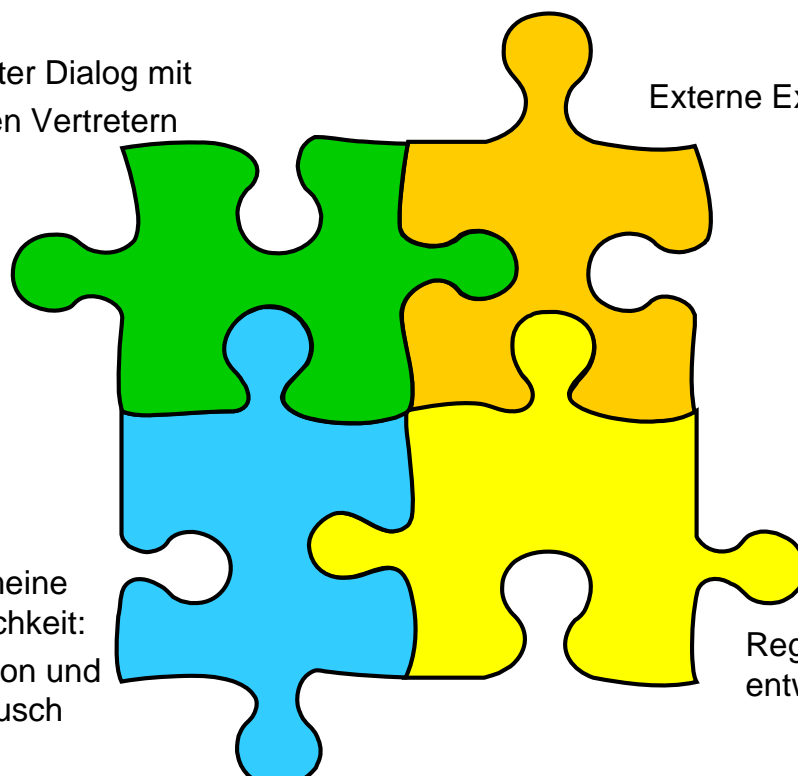
→ Diskurse betreffen die nationale Ebene, erfordern eigene Beteiligungsprozesse

Gestaltung informeller Beteiligungsprozesse (1)

Bausteine im informellen Beteiligungsprozess

Organisierter Dialog mit regionalen Vertretern

Externe Expertise



Allgemeine Öffentlichkeit:
Information und Austausch

Regionalentwicklung

Zentrale Anforderungen:

- Professionelle Organisation und klare Strukturen
- Angemessene finanzielle Ressourcen
- Definition und Einbeziehung der „betroffenen Region“
- Frühzeitige Verständigung
 - über die Ziele des Prozesses
 - über die Integration von Ergebnisse in die Realisierung des Vorhabens
 - über die Wechselwirkung mit dem formalen Verfahren
- Kongruenz der angestrebten Ziele und geplanten Maßnahmen
- Verfügbarkeit externer Expertise

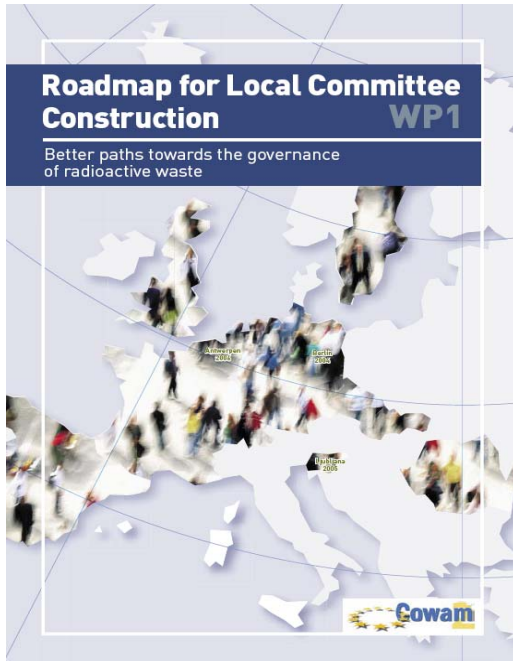


Possible aims for participation	How important are the following participation aims for my project?		
	Very important	Quite important	Not very important
To acquire knowledge			
To analyse and structure problems			
To explore different perspectives			
To increase stakeholders' knowledge			
To create a network			
To generate support for the report			
Other, i.e.			

Beispiel: Checkliste zur Klärung der Ziele eines Beteiligungsprozesses,

Quelle: NL-Environmental Assessment Agency, 02-2008

Gestaltung informeller Beteiligungsprozesse (4)



Stakeholder Participation Guidance for the Netherlands Environmental Assessment Agency Checklist

Stakeholder Participation Guidance for the Netherlands Environmental Assessment Agency Practice Guide

Stakeholder Participation Guidance for the Netherlands Environmental Assessment Agency Main Document

Dialog mit regionalen Vertretern (1)

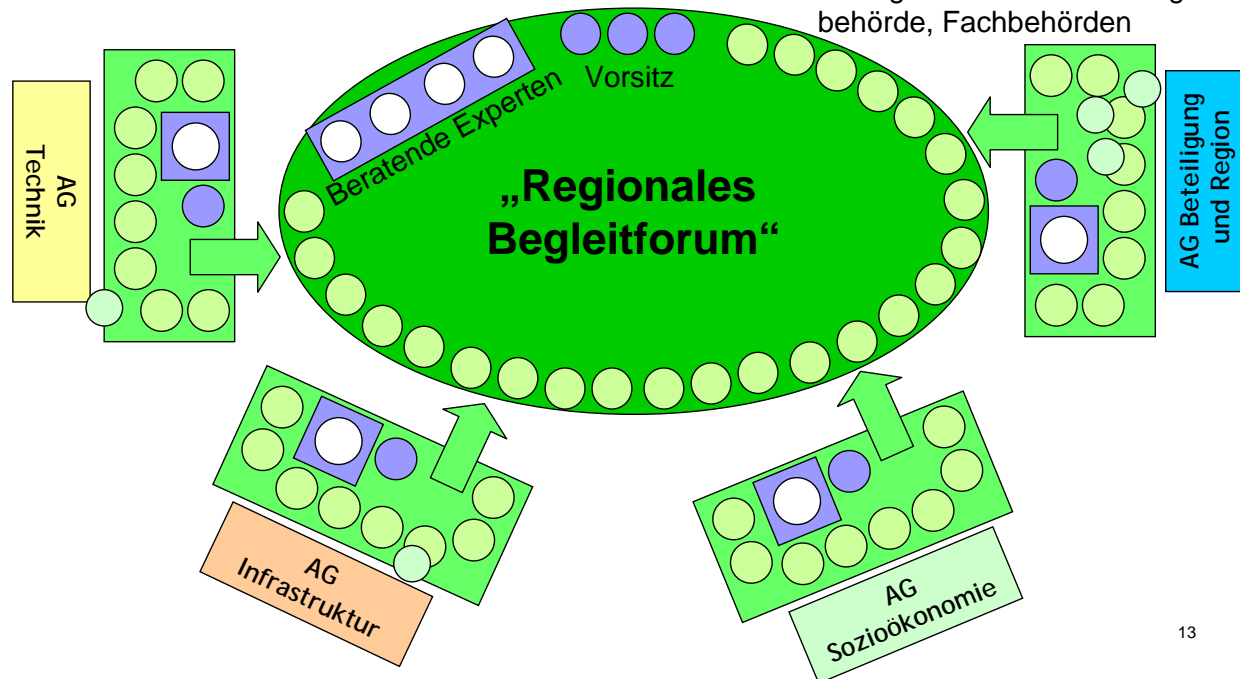
Übergeordnete Ziele:



Dialog mit regionalen Vertretern (2)

Organisatorische Gestaltung (exemplarisch):

- Regionale Vertreter, z.B. von Kommunen, Wirtschaft, Industrie- und Umweltverbänden, Kirchen, Gewerkschaften
- + Antragsteller und Zulassungsbehörde, Fachbehörden



13

Dialog mit regionalen Vertretern (3)

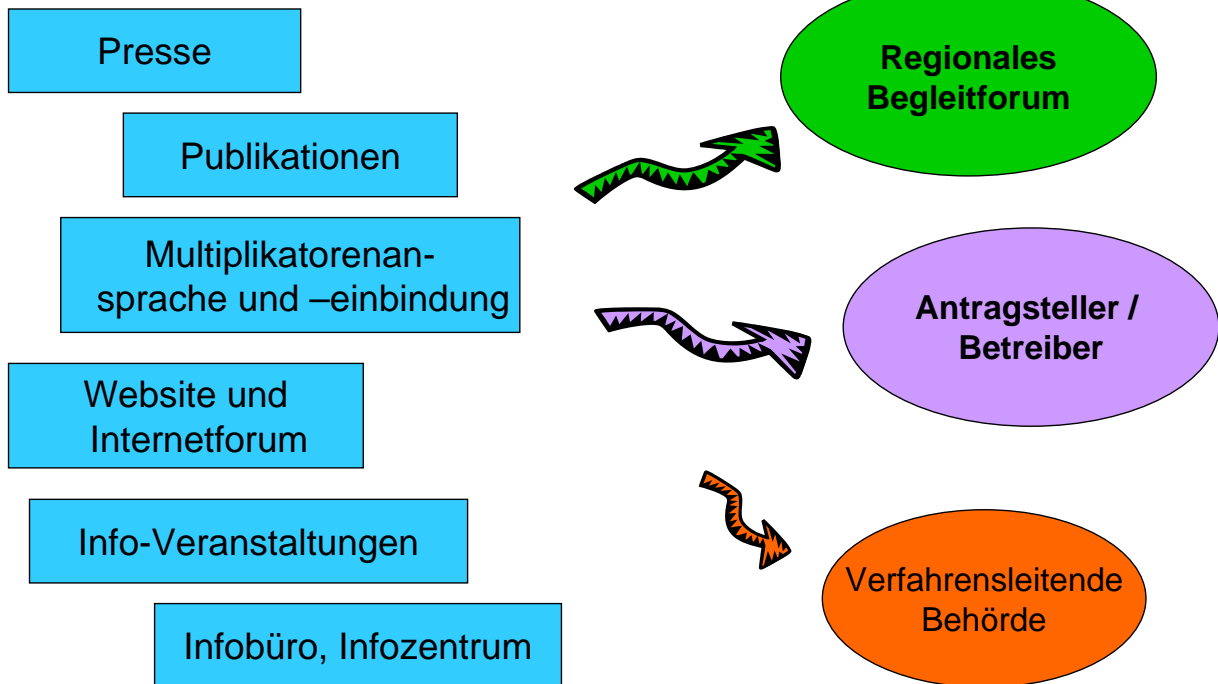
Kennzeichen des regionalen Dialogs:

- Institutionalisierte Prozess mit klarer Struktur und fester Besetzung des zentralen Gremiums (z.B. „regionales Begleitforum“)
- Repräsentanz aller wichtigen Institutionen / Gruppen → Wer sollte in dem zentralen Gremium vertreten sein? Wie werden die Repräsentanten ermittelt?
- Gemeinsam Vereinbarung der Ziele des Dialogprozesses → Wie können Ergebnisse wirksam in das Verfahren (Planungen, Entscheidungen) eingespeist werden? Wie interagiert der informelle Dialogprozess mit dem formalen Zulassungsverfahren?

14

Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit (1)

Mögliche Maßnahmen und Zuständigkeiten



15

Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit (2)

Ziele und Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit:

- Ansprache und Information der regionalen Öffentlichkeit über zentrale Planungen, Maßnahmen und (potenzielle) Auswirkungen
- Integration politischer und gesellschaftlicher Multiplikatoren zur Unterstützung der Zielgruppen gerechten Kommunikation
- Ansprache und Information spezieller Zielgruppen (z. B. Schüler, Anwohner) in ausgewähltem Kontext
- Abgestimmtes Vorgehen zwischen Betreiber und „regionalem Begleitforum“
- ggf. ergänzende bundesweite Öffentlichkeitsarbeit zu generischen Aspekten

16

Ziele und Aufgaben:

- Bestandsaufnahme möglicher (durch das Vorhaben induzierter) Entwicklungen und Einflüsse
- Entwicklung eines Regionentwicklungskonzepts: Aufzeigen von Entwicklungspfaden und Vorschlägen zur Umsetzung
- Basis für Förder-/Ausgleichsmaßnahmen

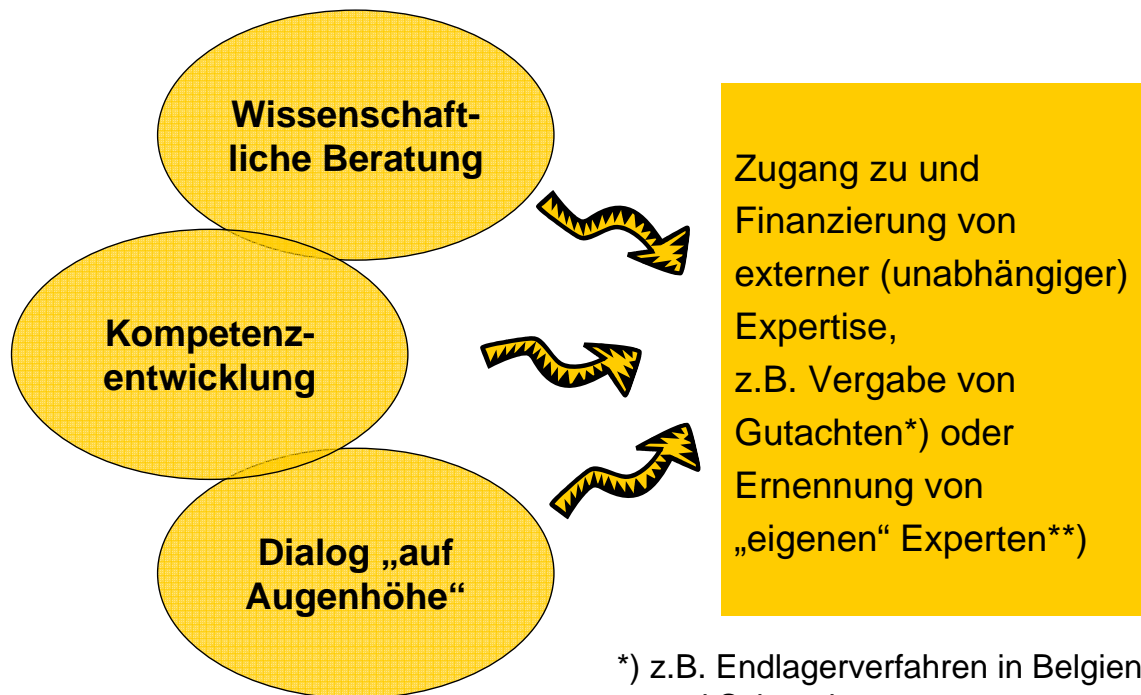
Zuständigkeiten:

- Initiiert durch das „regionale Begleitforum“
- Einbindung von Wissenschaftlern der Region in die Konzeptentwicklung
- Verständigung zwischen Begleitforum, Betreiber und Behörde über finanzielle Mittel für Förder-/Ausgleichsmaßnahmen
- Verwaltung der finanziellen Mittel z.B. in Form eines Fonds durch regionale Institution

Lessons learnt hinsichtlich finanzieller Unterstützung von Standortregionen:

- Direkte pauschale Vergabe von Finanzmitteln an Kommunen
→ kann zu unkoordinierter Verwendung ohne nachhaltigen Nutzen führen
- Vereinbarung von Konzept und Kriterien für Vergabe von Finanzmitteln unter Beteiligung regionaler Stakeholder
→ steigert die Wahrnehmbarkeit und Wahrnehmung von Fördermaßnahmen, betont die regionale Kooperation und fördert die Integration des geplanten Vorhabens in die Region
- Transparenz bei Entwicklung von Vergabekriterien, Konzeption von Projekten und Vergabe von Mitteln
→ hilft den Eindruck der „Käuflichkeit“ der Region zu vermeiden.

Externe Expertise (1)

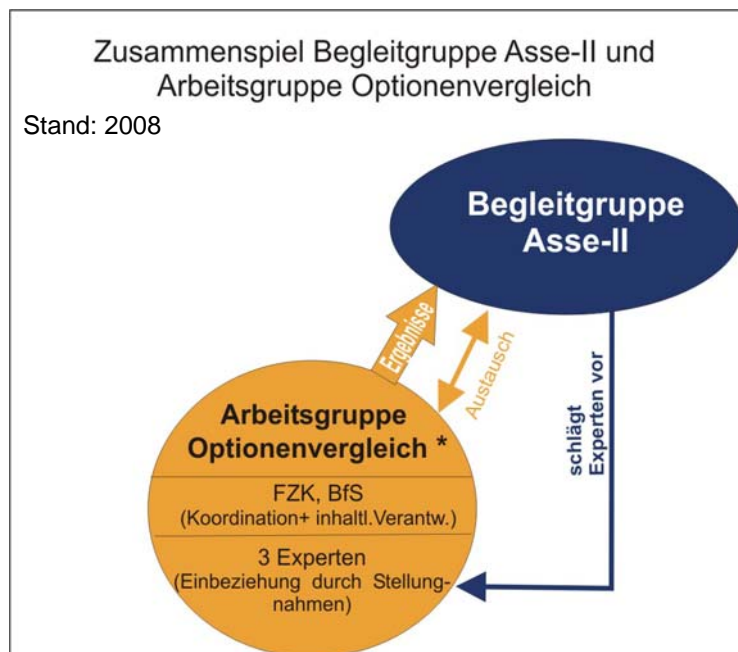


*) z.B. Endlagerverfahren in Belgien und Schweden

***) z.B. Begleitprozess Asse II

Externe Expertise (2)

Beispiel: Asse Begleitgruppe und Arbeitsgruppe Optionenvergleich



* zeitlich für Zeitraum des Optionenvergleichs befristet; initiiert und finanziert von BMBF und BMU

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Weitere Informationen unter

www.oeko.de

www.oeko.de/oekodoc/273/2007-017-de.zip

www.itas.fzk.de/tatup/083/kaua08a.pdf

Beate Kallenbach-Herbert, Öko-Institut e.V.
b.kallenbach@oeko.de, 06151-819119

21

Fragen für die Diskussion

1. Welche Rolle haben Behörde und Antragsteller in einem Dialogprozess:
 - als Initiator und Organisator,
 - bei der Finanzierung,
 - als Schnittstelle zum formalen Zulassungsverfahren?
2. Einbeziehung der zentralen Stakeholder:
 - Wer sollte in einem regionalen Begleitgremium vertreten sein?
 - Wie werden die Repräsentanten der Region ermittelt?
3. Gemeinsame Vereinbarung der Ziele des Dialogprozesses:
 - Wie können Ergebnisse wirksam in das Verfahren eingespeist werden?
 - Wie interagiert der informelle Dialogprozess mit dem formalen Zulassungsverfahren?

22

Beiträge für die Diskussion



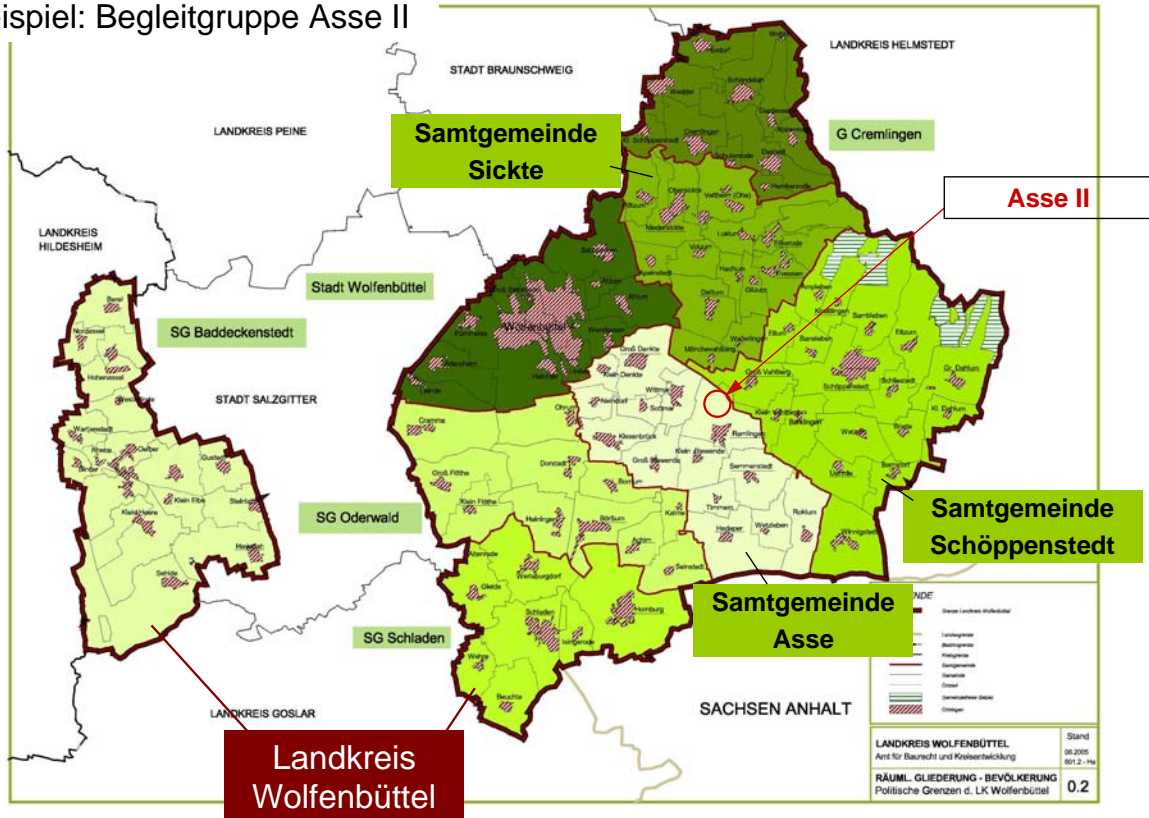
zu 1. Beispiele: Zuständigkeiten und Finanzierung

Öko-Institut e.V.
Institut für angewandte Ökologie
Institute for Applied Ecology

1. Standortauswahl LAW/MAW-Endlager in Belgien:
Sog. "Local partnerships" wurden
 - durch den Betreiber etabliert
 - durch 2 (externe) Projekt-Koordinatoren begleitetJeder Region standen pro Jahr 250,000 € zur Finanzierung der Beteiligung zur Verfügung, finanziert durch den Betreiber.
2. Ausbau des Flughafens Frankfurt/Main
Der Prozess wurde
 - durch die hessische Staatskanzlei initiiert
 - durch externe Experten professionell geleitet (Geschäftsstelle und wissenschaftliche Begleitung), finanziert durch einen Fonds (50 % Betreiber, 50 % Land Hessen)

zu 2. Definition der betroffene Region

Beispiel: Begleitgruppe Asse II



zu 2: Beispiel: Begleitgruppe Asse II

- **Stimmberechtigte Mitglieder der Asse II Begleitgruppe:**
 - Landrat des Landkreises Wolfenbüttel - Vorsitz(1)
 - Vertreter des Landkreises Wolfenbüttel (1)
 - VertreterInnen der vier im Kreistag vertretenen Fraktionen (4)
 - Samtgemeinde-BürgermeisterInnen der Samtgemeinde Asse, Sickinge and Schöppenstedt (3)
 - VertreterInnen lokaler Bürgerinitiativen (3)
 - VertreterInnen von Umweltverbänden (2)
 - Bürgermeister der Stadt Wolfenbüttel (1) → später hinzugekommen
- entspricht der geographischen Lage des Endlagers
- orientiert sich an den politischen Strukturen der Region
- umfasst im Wesentlichen die Institutionen, die sich bereits zuvor kritisch mit dem Verfahren auseinandergesetzt hatten

zu 2. Definition der betroffene Region

Beispiel: „Regionales Dialogforum“ zum Ausbau Flughafen Frankfurt/Main

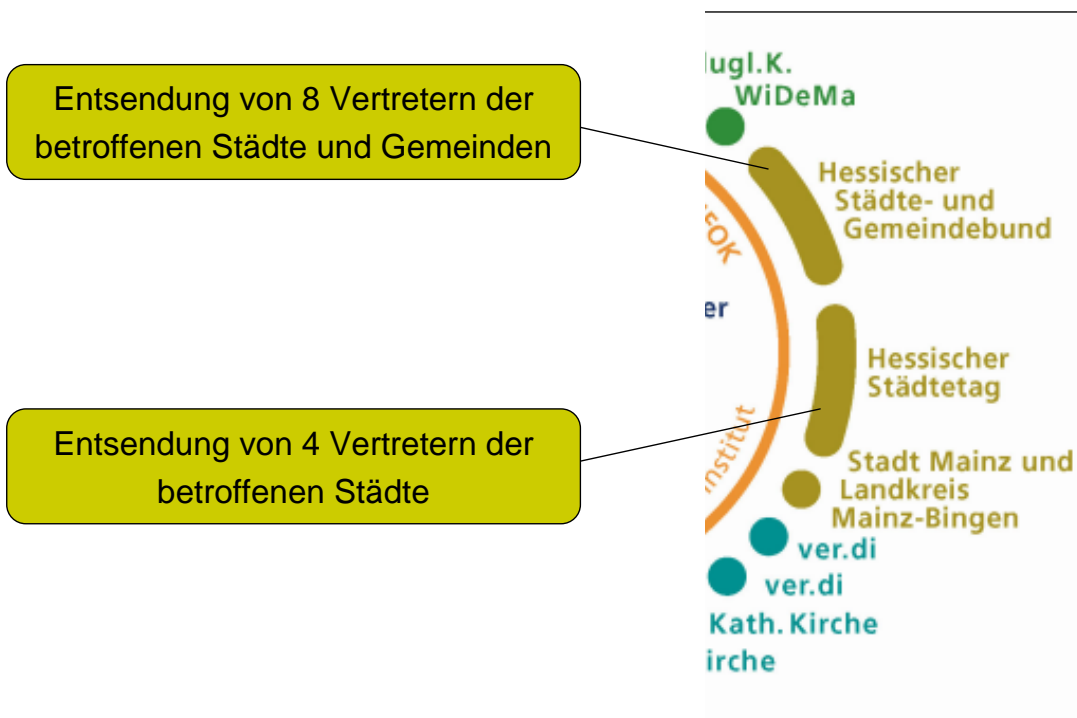


Quelle: regionales Dialogforum Flughafen Frankfurt: Jahresbericht RDF, Juli 2005/Juni 2006

27

zu 2. Definition der betroffene Region

Beispiel: „Regionales Dialogforum“ zum Ausbau Flughafen Frankfurt/Main



28